Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

Herausforderungen annehmen, Zukunft gestalten – Erfahrungen eines jungen Bundeslandes

REDE VON MINISTERPRÄSIDENT DIETER ALTHAUS IM RAHMEN DER VERANSTALTUNGSREIHE „ZUKUNFTSBLICKE“

Herzlichen Dank, lieber Herr Kannengießer. Ich freue mich, dass so viele heute hier in die Adenauer-Stiftung gekommen sind und begrüße auch den Botschafter Frankreichs, Herrn Claude Martin, und viele andere Gäste, die zu diesem Auftakt gekommen sind. Ein Auftakt, der, wie Sie es gesagt haben, einmal Zukunftsblicke wagen möchte in einer Vortrags-, aber vor allen Dingen auch in einer Diskussionsreihe. Die Veranstaltung könnte zu keinem günstigeren Zeitpunkt stattfinden, auch wenn das vielleicht bei der Planung noch gar nicht so im Blick war. Der Aufbau Ost und seine Erfolge und die möglichen Defizite sind Teil einer Debatte, die wir in Deutschland über Reformnotwendigkeiten insgesamt führen. Also, es geht wirklich um einen Blick von verschiedenen Richtungen her, vom Bund, von den Ländern und von den Kommunen, von jedem Einzelnen, aber vor allen Dingen um einen Blick in die gleiche Richtung.

Für mich ist das, was wir seit 16 Jahren gestalten können, immer noch begeisternd. Von der physischen Wahrnehmung her war es ein Land, das am Ende seiner Entwicklungsmöglichkeiten angelangt war, weil ein System regierte, das glaubte, den Menschen bevormunden und mit einer Ideologie die Zukunft gestalten zu können. Diese Ideologie setzte auf Unfreiheit, auf eine Pseudogleichheit, die ein Maximum an Ungleichheit organisiert hat. Dieses System setzte auch auf Gewalt, Terror und auf Angst. Das kann man auch hier in Berlin sehen. Dieser zweite Blickwinkel sollte heute nicht im Mittelpunkt stehen, aber doch auch in der Diskussion bleiben. Wie schnell vergessen wir diese besondere Ausprägung des Kommunismus, den Menschen nicht ernst zu nehmen und ihn psychisch wie physisch unter Druck zu setzen, ja sogar möglicherweise zu vernichten, angeblich einem größerem Ziel zuliebe. Hier in der Stadt, wo Hohenschönhausen beherbergt ist, muss man diese Diskussion immer wieder führen und darf sie auch nicht von denen, die ehemals Täter waren und diese Täterschaft bis heute nicht ernsthaft bereuen und auch nicht ernsthaft bekennen, klein reden lassen.

Ich will vor allen Dingen die Erfolge, die Entwicklungswege der letzten 16 Jahre im Zeitraffer nachzeichnen, um dann auch in der Diskussion mit Ihnen die Fragen und die Probleme zu diskutieren. Aber ich will auch den Blick auf die Zukunft lenken, auf das, was der Freistaat Thüringen zu leisten hat und das, was Deutschland zu leisten hat.

Wir haben Thüringen in den letzten 16 Jahren grundhaft saniert und zukunftsfähig gestaltet. Das kann man nicht nur an den liebevoll sanierten Fassaden, sondern auch an den vielen innovativen Unternehmen sehen, die sich in Thüringen angesiedelt haben. Das sieht man an den entweder neu begründeten oder gestärkten Universitäten und Fachhochschulen und das sieht man auch am Erfolg einer sehr guten Bildungspolitik. Inzwischen liegt Thüringen mit Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen unter den ersten vier bei den nationalen und internationalen Bildungsvergleichen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

Das alles ist nicht automatisch entstanden. Das alles ist einer ganz besonderen Solidaritätsaktion aller Deutschen zu verdanken, die 1989/90 auch die innere Motivation, jedenfalls in der übergroßen Mehrheit, hatten, diese Hilfe zu leisten.

Vor wenigen Tagen stand in der Süddeutschen Zeitung ein Satz von Frau Pieper: Subventionen, niedrige Löhne und geballte Hochtechnologie, das sei die Formel für Erfolge in Ostdeutschland und im internationalen Standortwettbewerb. Es ist so: Wir haben und hatten Standortvorteile, die uns diese Hochtechnologie und diese moderne Wirtschaft ansiedeln ließen, und wir müssen auch darauf achten, dass ein Teil dieser Vorteile erhalten bleibt und sich auch auf ganz Deutschland ausdehnen lässt.

Dass wir besondere Punkte in Thüringen haben, wenn es um die kulturelle Identität und die Erneuerung dieser Identität geht, wissen Sie. Wir haben mit Städten wie Weimar besondere kulturelle Symbole, die für die Unkultur in Deutschland, Buchenwald als Stichwort, genauso stehen wie für die besondere Kulturfähigkeit unserer Nation. Heute ist diese Kulturfähigkeit wieder gefragt, sie wird auch gelebt, und sie macht Deutschland damit auch attraktiv nach innen wie nach außen.

Viele kommen wegen dieser kulturellen Identität nach Thüringen, die von Goethe, Schiller, Luther, Bach, Liszt, Herder oder von anderen geprägt ist, die in Thüringen gelebt und gewirkt haben. Wir haben eine hochtechnologische Wirtschaft, im Besonderen an einem Standort wie Jena, der inzwischen wieder zu einem optischen Cluster entwickelt werden konnte, die nicht nur nationale, sondern auch europäische Wirkung hatte und hat. Die Europäische Union hat mit der Entscheidung im letzten Jahr, ein Eurocluster für Optik aufzubauen, eine wichtige Entscheidung gefällt und Jena spielt eine ganz entscheidende Rolle in diesem wichtigen Cluster. Innerhalb Deutschlands hat zum Beispiel die Fraunhofer Gesellschaft für Jena diesen Schwerpunkt für sich entschieden. Damit sind wir auch in der Lage, Zukunftstechnologien wieder stärker am Standort Deutschland zu verankern. Das Entscheidende in Deutschland ist ja nicht die Idee und die Technologie, sondern die Produktion hier zu halten. Bei Ideen und Technologien sind wir häufig immer noch Weltspitze, aber die spannende Frage lautet, ob wir in der Lage sind, diese umzusetzen in Arbeitsplätze und damit in Wertschöpfung. Deshalb bin ich froh, dass wir allein in diesem Jahr zwei Großinvestitionen haben. Ich bin auch dankbar, dass wir in der klassischen Branche der Automobilindustrie so erfolgreich sind. Wir haben über 450 Automobilzulieferer, die ganz besonders im hochtechnologischen Automobilzuliefergewerbe mit den Automobilisten in Deutschland, Europa und weltweit eng zusammen arbeiten. Das sichert Beschäftigung und schafft Umsatz.

Ich will ein einziges Beispiel für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Thüringen nennen, das aus diesen Wochen stammt: Wir haben in einem internationalen Wettbewerb für Thüringen die Ansiedlung des so genannten N3-Projektes erreicht. Lufthansa und Royce- Rolls wollen zukünftig in Thüringen, in der Nähe von Erfurt und Arnstadt, alle Triebwerke vom A340 und später vom A380 warten, - alle Triebwerke, die in Europa, in Nordamerika, in Nordafrika eingesetzt werden. Das ist eine Zukunftsinvestition, die deutlich macht, dass zwei große Konzerne auf den Standort Deutschland und auf den Standort Thüringen im Konkreten setzen. Wir haben diesen Wettbewerb wegen der guten Infrastruktur gewonnen, natürlich auch wegen der guten Förderbedingungen und einem zusätzlichen Förderansatz, den wir in Thüringen entwickelt haben, der sog. Mietfabrik. Aber wir haben diesen Zuschlag auch deshalb bekommen, weil wir hochqualifizierte, hochmotivierte Menschen haben, die genau diese Prozesse auch gestalten. Der Lufthansa-Vorstand Mayrhuber hat bei der Grundsteinlegung folgende bemerkenswerte Sätze gesagt: „Ich kann all Geschäftspartnern nur empfehlen, hier in Thüringen zu investieren. Es ist ein Standort erster Güte und wir werden Thüringen auch anderen Investoren empfehlen."

Der Aufwärtstrend in Deutschland, der in diesen Wochen zu spüren ist, auch aufgrund der konkreten Reformbemühungen der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

Bundesregierung unter Angela Merkel, hat seine positiven Wirkungen, Rückenwind sozusagen für unsere Arbeit. Wir hatten alleine im ersten Vierteljahr dieses Jahres durchschnittlich fast 18% mehr Aufträge bei den Industriebetrieben. Die Exportaufträge stiegen sogar um über 20% und auch die Nachfrage inländischer Kunden hat sich deutlich um fast 16% erhöht. Die Arbeitslosigkeit ist im Mai gesunken, auch im Vergleich zum Vorjahr, wenngleich die Sockelarbeitslosigkeit und die Langzeitarbeitslosigkeit wie an vielen anderen Stellen in Deutschland sich verfestigt haben und immer noch zu hoch sind. Trotzdem: Mit 15,6% sind wir unter den jungen Ländern klar die Nummer 1 und zeigen, dass auch neue Arbeitsplätze entstehen können, die zukunftsfähig sind.

Wir haben in diesem Jahr weitere Firmenansiedlungen, die neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Die wesentlichsten Punkte sind eine enge Vernetzung zu unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen, zu den Bildungsinstitutionen, die gute Infrastruktur in der Mitte Deutschlands und in der Mitte Europas und natürlich die gute Kommunikation zum Land und zu den Kommunen, die versuchen, mit einem schnellen, effizienten Verfahren Ansiedlungen möglich zu machen. Diese wenigen Eingangsbeispiele sollen genügen.

Ich bin fest überzeugt, dass wir erstens den Strukturwandel vom kommunistisch-planwirtschaftlichen System bewältigt haben, dass wir eine stetige Besserung der wirtschaftlichen Basis erhalten haben und erhalten können, auch international. Zweitens ist es uns gelungen, die Revitalisierung der Schöpfung, unserer Umwelt, zu erreichen. Ich will ein Beispiel nennen: Die Bergbaufolgelandschaft rund um Ronneburg, eine der am stärksten geschändeten Landschaften in ganz Deutschland. Hier wurde bis in die letzten Tage der DDR-Zeit Uranabbau betrieben. Die Landschaft wurde schwer geschädigt, sie war unattraktiv, unansehnlich und hat keine Heimat mehr geboten. Das alles ist in wenigen Jahren beseitigt und rekultiviert worden. Hunderte Millionen sind dafür eingesetzt worden. Im nächsten Jahr werden wir auf diesem Areal eine Bundesgartenschau durchführen.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen: Bis zum Ende der DDR-Zeit ging in den meisten Gebieten der ehemaligen DDR bis zu 50% des produzierten Wassers verloren - von der Produktion hin zur Nutzung. Die Abwässer wurden zum großen Teil nach Vorkriegsstandard gereinigt. Die Konsequenzen waren entsprechend: Es gab kein Leben in den Flüssen. In einem Fluss wie der Werra konnte man zwar Filme fixieren, aber keine Fische mehr angeln. Das alles war eine große Herausforderung, denn es ist nicht zuletzt auch für die Attraktivität einer Region, für die sogenannten weichen Standort-Faktoren, wichtig.

Ich will ein letztes Beispiel nennen: Wir haben heute eine attraktiv, leistungsfähige und menschenwürdige Sozialinfrastruktur. Das wird häufig vergessen. Unsere Krankenhäuser zu DDR-Zeiten haben unter chronischem Mangel gelitten. Nicht die medizinische Leistungsfähigkeit der Mediziner oder die Leistungsfähigkeit der Pfleger und Krankenschwestern war das Problem, sie war ausgezeichnet, sondern die mangelhafte Ausstattung mit medizinisch leistungsfähiger Technologie. Hohe Mitarbeiter der SED-Kreisleitung oder Bezirksleitung in Erfurt ließen sich, wenn sie ernsthaft erkrankt waren, lieber in das dortige katholische Krankenhaus verlegen, als sich auf das staatliche Klinikum zu verlassen.

Wir hatten Altenheime, die, wenn Sie nicht unter kirchlicher Trägerschaft standen, häufig menschenunwürdig waren. Der Kommunismus ist mit den Behinderten zum Teil menschenunwürdig vorgegangen. Ihnen wurde die Bildungsfähigkeit abgesprochen, wenn sie geistig behindert waren. Häufig waren sie in den staatlichen Heimen wie hinter Gittern untergebracht. All das ist leider schnell vergessen. Es ist das Ergebnis von 40 Jahren Sozialismus, das weiter umfassend und auch grundlegend aufgearbeitet werden muss.

Zu DDR-Zeiten ist nicht ein einziger Autobahnkilometer zusätzlich neu gebaut worden. Heute haben wir mehr als das doppelte

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

an Kilometern im Autobahnnetz. Das verbindet uns auch innerhalb Deutschlands, innerhalb Europas. Gerade ein Land, das in der Mitte liegt, lebt von solchen Verkehrsadern. Sie sind so angelegt, dass Mensch, Umwelt, und Infrastruktur ein gutes Miteinander bilden. Wenn Sie heute die Thüringer Wald-Autobahn fahren, dann ist das nicht nur eine wichtige Infrastrukturtrasse, sondern es ist auch ein architektonisches Meisterwerk und wird von vielen besucht, um genau diese Symbiose zwischen Natur und Infrastruktur zu bewundern. Dafür wurde viel öffentliches Geld eingesetzt.

Wir haben ein effizientes, leistungsfähiges Bildungs-, Ausbildungs- und Hochschulsystem. Wir haben einige Neuerungen gleich zu Beginn eingeführt, die inzwischen in Deutschland adaptiert werden. Ich denke an die Verkürzung der Schulzeit, 12 Jahre bis zum Abitur. Ich denke an eine moderne Universitätsverfassung wie an der Universität Erfurt. Hier wurden gleich in der Gründungsphase Reformprozesse aufgenommen, die inzwischen in Deutschland nachgeahmt werden. Diese Forschungs-, Hochschul- und Ausbildungsinfrastruktur leistet entscheidende Zukunftsaufgaben.

Trotzdem bleibt viel zu tun, weil die Herausforderungen nicht nur durch thüringische oder deutsche Gegebenheiten, sondern auch international gesetzt werden. Wenn vor 100 Jahren das Entwicklungstempo in Industrie und Technologie noch 10, 20 und 30 Jahre betrug, hatte die Politik auch Zeit sich innerhalb dieser Frist zu verfassen. Wenn in der Nachkriegsentwicklung 10, 15 Jahre ein üblicher Rhythmus für neue Technologieentwicklung waren, hatte die Politik ebenfalls Zeit, sich darauf einzustellen. Heute zählen wir Umschläge in der Technologie in Zwei- oder Dreijahresschritten. Einige Technologien, die vor drei Jahren Hochtechnologie waren, sind inzwischen schon veraltet. Gleichzeitig ist natürlich die Globalisierung, die Entwicklung in anderen Regionen dieser Welt nicht stehen geblieben.

Ganz im Gegenteil, sie ist gut vorangekommen. Als Politiker in christlicher Verantwortung wollen wir Gerechtigkeit nicht nur für uns, sondern in der ganzen Welt. Aber das fordert uns natürlich, weil Wohlstand in den nächsten Jahren nicht zuletzt unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Profitabilität in den Regionen der Welt neu verteilt wird. Die Politik muss sich darauf einstellen und schneller dafür Sorge tragen, dass die heutige Profitabilität auch noch in den nächsten Jahren erhalten bleibt. Deshalb werden wir in Thüringen unsere Reformschritte weiter gehen.

Wir haben gerade in dieser Legislaturperiode umfassende Reformschritte eingeleitet. Wir haben in einem ganzen Bündel von Gesetzgebungsmaßnahmen Einschränkungen, Kürzungen und Überprüfungen vorgenommen. Wir haben die Leistungsgesetze auf den Prüfstand gestellt und immer die Überprüfungen an unseren Grundorientierungen ausgerichtet. Dass wir zum Beispiel in der Sozialpolitik nicht einfach verteilen, sondern nach sozialer Bedürftigkeit entscheiden, ist eine solche wichtige Grundorientierung.

Wir haben einen umfassenden Ansatz zur Entbürokratisierung vorgelegt und Verwaltungsaufgaben überprüft. Wenn sie notwendig sind, haben wir sie auf die richtige Ebene verlagert. In aller Regel muss an einer Stelle die Arbeit geleistet und die Verantwortung getragen werden. Sobald sich die Verantwortungsebene von der Betroffenheitsebene unterscheidet, werden häufig Verwaltungsvorgänge verkompliziert, werden nicht Ergebnisse, sondern Lösungsverhinderungen gesucht. Deshalb ist Deregulierung ganz wichtig. Wir führen eine Behördenstrukturreform durch, in die 81 Behörden integriert sind. Im Ergebnis wird das Verwaltungshandeln flexibilisiert und effizienter; und es werden natürlich auch etwa 7.400 Stellen im öffentlichen Dienst alleine in dieser Legislaturperiode abgebaut. Dass das alles sozialverträglich stattfindet, ist selbstverständlich. Deshalb muss nicht der Einzelne Sorge habe, aber er soll es mittragen weil es am Ende dazu führt, den Staat auf seine Kernaufgaben zu begrenzen. Deshalb unterstütze ich auch ganz klar die Föderalismusreform, weil ich glaube, dass wir als Länder unsere Staatlichkeit nur dann dauerhaft sichern können, wenn wir sie entsprechend effizient ausführen. Die Menschen haben kein Verständnis dafür, dass

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

wir uns zwischen Bund, Ländern und möglicherweise noch Kommunen über Kompetenzen streiten, aber keine Konsequenzen ziehen.

Wettbewerb, Gestaltungswettbewerb ist entscheidend, um die Politik herauszufordern, nach besseren Wegen zu suchen. Keiner hat das Patentrezept. Wettbewerb kann auch bedeuten, dass Fehlsteuerungen überprüft werden müssen. Es ist aber die einzige Möglichkeit, den Föderalismus mittel- und langfristig zu erhalten und ihm eine dynamische Form zu geben, die Deutschland insgesamt voranbringt. So haben wir zum Beispiel in Thüringen unsere Arbeitszeit verlängert. Obwohl wir noch zu viel Personal haben, arbeiten die Thüringer Beamten 42 Stunden pro Woche, wer Kinder erzieht, 40 Stunden. Wir haben uns nicht nur im öffentlichen Dienst so verhalten, sondern dieses Signal auch immer in die Wirtschaft hinein gesendet. Deshalb habe ich kein Verständnis dafür, dass die Gewerkschaften in Deutschland auf dem Rücken der Arbeitnehmer in den neuen Ländern für eine Verkürzung der Arbeitszeit gestreikt haben – ein Thema, das sich Gott sei Dank innerhalb von drei Jahren erübrigt hat und ins Geschichtsbuch gehört.

Wir haben auch noch einmal besondere Anstrengungen unternommen, um die Hochschulen und Universitäten zu stärken, die ja eine Impulswirkung für ein technologieorientiertes Land haben. Einmal wegen der Attraktivität Thüringens, aber auch wegen der Eigenständigkeit der Hochschulen sind wir jetzt in einer weiteren Phase der Stärkung der Hochschulautonomie angelangt. Wir werden Fachkräftemangel in Deutschland und Europa bekommen. In drei, vier Jahren wird die Frage nicht mehr lauten, wie bekommen die vielen Ausbildungsplatzbewerber Ausbildungsplätze, sondern wo sind denn nur Ausbildungsplatzbewerber. Es wird auch Bewerbermangel im Hochschulbereich geben, denn wir haben in ganz Deutschland und Europa – nicht zuletzt auch in Thüringen – eine deutliche negative demographische Entwicklung. Deshalb kommt es sehr auf Attraktivität der Hochschulstandorte an. Diese sind im Wettbewerb, nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern innerhalb Europas. Junge Menschen werden genau nach diesen Kriterien suchen: Wo haben wir die bestmögliche Ausbildung, die höchste Internationalität und die höchste Chance, eine maximale Leistungsfähigkeit zu erlangen.

Wichtig sind selbst steuernde Systeme im Bildungssektor: Wenn die öffentliche Schule in Deutschland nicht leistungsfähiger wird, wird sie sich in den nächsten Jahren einem rauen Wettbewerb mit den freien Schule ausgesetzt sehen. Diejenigen, die bildungsinteressiert und bildungsprivilegiert sind, werden sich Schule neben der öffentlich verantworteten Schule leisten. Das heißt, wir müssen die Qualität der eigenverantworteten Schule stärken. Diese Qualität ist Voraussetzung für die weiteren Wege, die junge Menschen gehen. Dies ist eine wichtige Aufgabe in Deutschland, die wir als Thüringer Landesregierung sehr ernst nehmen, weil andere Länder in Europa nicht eine solche Herausforderung zu bestehen haben. Auch das muss man sagen: In Großbritannien und Frankreich ist ein Höchstmaß an Liberalität für die Schulträgerschaft vorhanden. Über 40% der jungen Menschen gehen in private Schulen. Damit sind ganz andere Auslesesysteme vorhanden. In Deutschland gehen nicht einmal 10% der jungen Menschen in freie Schulen. Das heißt, die Auslesefunktion, die eine Gesellschaft leisten muss, um Eliten zu bilden und damit Erfolg zu haben, muss die öffentliche Schule in Deutschland leisten. Und wenn sie diese Auslesefunktion nicht leistet, wird sie auch nicht dauerhaft erfolgreich sein und nicht angenommen werden.

Deutschland hat, das wissen Sie besser, über viele Jahre über die Frage von Auslese und Elite hinter vorgehaltener Hand diskutiert. Unsinniger kann man sich nicht verhalten. Ohne Auslese und ohne Elite gibt es auch keine Entwicklung, die nach vorne weist. Im Gegenteil: Wer meint, viel Gleichheit organisieren zu müssen, erntet maximale Ungleichheit. Die DDR ist ein schönes Beispiel dafür, wie ein solcher Massenversuch gescheitert ist.

Ein dritter Punkt muss uns in Deutschland wichtig sein. Er ist mir für Thüringen beson-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

ders wichtig: Wir wollen Familie wieder in die Mitte der Gesellschaft rücken.

Wir haben ein wunderbares Grundgesetz. In dem Artikel 6 steht "Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung". Für mich ist das ein eindeutiges Vorfahrtsgebot für die Politik, das sie auch realisieren muss. Über Jahrzehnte war es nur ein Postulat in der grundgesetzlichen Ordnung, wurde aber nicht in die Realität umgesetzt.

Keine andere Institution in unserer freiheitlichen Gesellschaft hat die innere Stabilität hat und ist dauerhaft im Stande, Gesellschaft zu sichern. Und es gibt auch keine andere Institution, die über Jahrhunderte bewiesen hat, dass sie selbst größte Krisen übersteht und Zukunft organisieren kann. Deshalb ist es richtig, dass wir ein Höchstmaß an Liberalität gegenüber individuellen Überzeugungen haben, aber auch ein Höchstmaß an Konsequenz zeigen, wenn es darum geht, die Stabilitätsinstitution unserer Gesellschaft stärker zu unterstützen und stärker wertzuschätzen. Das ist und bleibt die Familie.

Diesem Kerngedanken wieder mehr Glaubwürdigkeit und mehr Unterstützung zuteil werden zu lassen, ist auch eine Aufgabe für Thüringen. Deshalb haben wir eine Familienoffensive auf den Weg gebracht, die Kind und Eltern wieder in den Mittelpunkt stellt. In Deutschland ist die Manie weit verbreitet, die staatlichen Institutionen könnten manches, vielleicht mit Hilfe vieler anderer Institutionen, besser als die Eltern. Ich glaube, dass ein solcher Ansatz von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Schon die Hirnpsychologie, die Kinderpsychologie sagt, wie wichtig die Zuwendung und Liebe fester Bezugspersonen gerade in den ersten Lebensjahren sind. Sie bilden die entscheidende Grundlage, um dauerhaft Erfolg zu haben.

Egal, welche Entwicklungswege ich betrachte, ob in der Bildung oder in der Erziehung: Der Grundstein für Defizite, die sich später zeigen, wird häufig in diesen Anfangsjahren gelegt. Wenn Kinder erst in einer Sackgasse sind, dann ist die Korrektur, die Nachholentwicklung sehr viel schwieriger und auch sehr viel kostenintensiver. Auch deshalb müssen wir in ganz Deutschland diesem Thema wieder einen besonderen Stellenwert beimessen. Dass in Deutschland Bevölkerungspolitik einen schlechten Ruf hat, ist bei unserer Geschichte verständlich. Aber nur, weil eine Diktatur mit diesem Thema unbarmherzig umgegangen ist und es instrumentalisiert hat, darf nicht die nachfolgende freie Gesellschaft den Fehler machen, das Kind mit dem Bade auszuschütten und plötzlich Familie gar nicht in den Blick und in den Mittelpunkt von politischem Engagement zu stellen.

Ich habe kurz vor seinem Tod mit dem berühmten Familienforscher und Familienwissenschaftler, Herrn Professor Wingen, gesprochen, der mir gesagt hat: In den 60er und 70er Jahren ist bei jeder Bevölkerungsdiskussion und bei jeder bevölkerungspolitischen Diskussion sofort die nationalsozialistische Diktatur als Totschlagargument auf den Tisch des Hauses gekommen. Das meine ich damit. So richtig es ist, diese Geschichte so kritisch wie möglich aufzuarbeiten, so richtig ist aber auch, dass das Loslassen von Familie und das Alleinlassen von Familie am Ende auch keine Zukunft für die Gesellschaft bedeutet.

Der heutige Papst hat noch als Kardinal in Rom vor gut zwei Jahren in der Zeitschrift „Cicero“ einen Aufsatz veröffentlichen lassen, der die Überschrift trug "Europa ist krank".

Zwei Krankheitsursachen hat er analysiert: Einmal das Verlassen unserer geistigen Orientierung und unserer geistigen Fundamente, der christlichen, der jüdischen Orientierung, und als zweites das Herauslösen aus der Familie. Das kommt einer Verschiebung von Zukunft gleich. Das ist ja nur noch ein Ist-Leben, ein diesseitiges Leben für die nächsten Jahre meiner eigenen Existenz und nicht mehr eine Zukunftsorientierung, wenn ich mich nicht mehr auf Familie einlasse. Deshalb werden wir in Thüringen unseren Weg weitergehen. Aber, ich will das auch sehr deutlich sagen, gerade die Diskussionen der letzten Tage machen diesen Weg nicht unbedingt einfacher, sondern eher schwieriger.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

Sie haben in den letzten Tagen eine heftige Debatte um die Solidaritätsleistung in Deutschland und deren Wirkung erlebt. Ich sage noch einmal, ich bin dankbar, dass wir in Deutschland eine solche Leistung aufbringen. Sie hat sehr viel dazu beigetragen, die teilungsbedingten Lasten, die Folgen des Kommunismus zu überwinden. Aber wir müssen auch in den nächsten Jahren, bis zum Jahre 2019, diese Solidaritätsleistung weiter erbringen, um damit auch den Standorten eigenständige Zukunftsfähigkeit zu bieten.

Wir wollen natürlich Geberland werden, aber Geberland zu werden heißt, einerseits Anstrengung zu unternehmen, aber andererseits die Hilfe dazu zu bekommen. Und genau dazu hierfür dient der vereinbarte Solidarpakt. Deshalb hoffe ich auch, dass diese zum Teil sehr klischeehaften Diskussionen der letzten Tage sich schnell wieder verflüchtigen. Natürlich geht es darum, Mittel, die vorgeplant sind, auch dem Buchstaben des Gesetzes nach einzusetzen. Wenn beim Schreiben des Gesetzes nur die Infrastruktur und die unterproportionale kommunale Finanzkraft im Blick waren, aber all das, was mit Blick auf Technologie, Gewerbeförderung etc wichtig für die Zukunft eines Landes. ist, nicht berücksichtigt wurde, dann muss es doch erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob man nicht am Ende eine Erweiterung bei der Bewertung vornimmt. Mir geht es nicht um die Kriterien, sondern mir geht es um die Erweiterung der Definitionen. Wenn ich den Aufbau Ost realistisch bewerten will, dann muss ich natürlich die haushaltssystematischen Dinge betrachten, aber ich muss noch mehr die Ergebnisse betrachten, die sich innerhalb eines Jahres einstellen. Was ist also für ein Fortschritt festzustellen bei Produktivitätsentwicklung, bei Wirtschaftswachstum, beim Arbeitsmarkt, bei der Frage des Exports, bei der Frage von Technologieentwicklung zum Beispiel im Hinblick auf Patente. Daran kann man sehen, ob Geld, das investiv, aber auch nach Haushaltssystematik konsumtiv eingesetzt wird, wirklich ein positives Ergebnis erbracht hat. Dieser offenen Auseinandersetzung müssen wir uns auch offen stellen. Darauf haben wir uns verständigt, weil auch die Wirtschaftsweisen in Deutschland sagen, man muss von der einseitigen Blickrichtung „Infrastrukturinvestition“ unbedingt zu einer mehrdimensionalen Blickrichtung kommen. Noch dazu, wo sich diese Infrastruktur in diesen Tagen und Jahren abschließend ausprägt. Wir haben immer noch teilungsbedingte Lasten, die fortwirken. Die Produktivitätslücke beträgt im Osten insgesamt etwa ein Drittel vom Westen. Die Konsumtionslücke beträgt über 25%. Das sind zwei Beispiele, die deutlich machen, hier sind noch Arbeiten nötig, um am Ende auf einer gemeinsamen Ebene auch in einen offenen und dann hoffentlich auch zukunftsweisenden Wettbewerb einzutreten. Deshalb bin ich dafür, dass wir uns mit der Bundesregierung auf eine solche Erweiterung der Definition und der Berichterstattung verständigen. Das ist auch mit der Bundeskanzlerin einmütig so beschlossen worden. Und alle neuen Länder haben dem zugestimmt.

Ich weiß selbstverständlich, dass, wenn man es nur mit diesen Überschriften in der öffentlichen Debatte zu tun hat, die vermeintliche Verschwendungsdiskussion sehr schnell auch zu einer Neiddiskussion führt. Wenn ich weiß, dass das Krankenhaus in Koblenz oder in welchem Ort auch immer vor 20, 25 oder vor 30 Jahren neu gebaut oder saniert wurde, ist natürlich die Erneuerung dort dringend angesagt. Und wenn ich diese Investition von vor 20 oder 30 Jahren mit der Investition in Erfurt vor 3 oder vor 4 Jahren vergleiche, ist hier natürlich ein höherer Neuigkeitswert. Das ist doch gar keine Frage. Und so geht es fast jeder Institution und jeder Einrichtung, weil sie eben in den letzten 15, 16 Jahren erneuert werden musste und Gott sei Dank erneuert worden ist. Das darf aber nicht zu Neid führen. Denn letztlich haben wir auch als Deutsche insgesamt unter dieser Teilung gelitten. Der Osten durch Unfreiheit, durch Unterdrückung, auch durch ein hohes Maß an Einschränkung und am Ende auch durch ein hohes Maß an Nichterfüllung der eigenen gewollten Lebensinhalte. Aber am Ende haben wir mit dem Jahr 1989/90 als Generationen insgesamt eine Chance erhalten, die sich auch nur als Gesamtgeneration nutzen lässt, ohne Neid, aber durch einen maximalen gemeinsamen Anstrengungseffekt für die Ausgleichsfunktion, die notwendig ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

Der zweite Blick außerhalb der Landespolitik ist aber ebenfalls wichtig. Denn auch das haben Sie angesprochen, Herr Kannengießer. Wir sind ja in den Ländern und in den Kommunen nicht in der Lage, die grundsätzlichen ordnungspolitischen Weichenstellungen vorzunehmen. Und weil die Veranstaltung heute „Zukunftsblicke“ heißt, möchte ich dazu einige Stichworte nennen und hoffe, dass wir in der Diskussion das eine oder andere vertiefen können.

Der Bundespräsident hat vor gut einem Jahr vor den deutschen Arbeitgebern eine vielbeachtete Rede über die Ordnung der Freiheit gehalten. Er hat in dieser Rede die Situation aus seiner Sicht analysiert und hat uns den dringenden Rat gegeben, uns wieder auf diese Ordnung der Freiheit einzulassen, den Staat dafür in die Pflicht zu nehmen, die Spielregeln für das Spiel innerhalb der sozialen Marktwirtschaft aufzustellen. Dieser eindringliche Appell wurde inzwischen vor den deutschen Gewerkschaften und an vielen anderen Stellen wiederholt. Das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland spricht aus tiefster Überzeugung, die auch etwas mit seiner internationalen Erfahrung zu tun hat. Unser Bundespräsident hat gesehen, wie z.B. in Afrika versucht wird, Fortschritt und Zukunft zu entwickeln. Aber er hat auch gesehen, wie sich Länder, zum Beispiel in Asien, in den letzten Jahren aus einer rückwärtigen Position ganz nach vorne entwickelt haben. Deswegen äußert sich der Bundespräsident mit besonderem Nachdruck, wenn er zu diesen Themen redet.

Wir müssen kritischer und zukunftsbewusster agieren, nicht nur, weil unsere Staatsschulden mit über 1.500 Milliarden - also 1,5 Billionen Euro - gigantisch sind, sondern auch, weil unsere Sicherungssysteme nicht mehr die Grundlage haben, die sie brauchen. 18.000 Euro Schulden kommen auf jeden Deutschen, vom Baby bis zum Greis. Das heißt, wir geben uns einer Illusion hin, der Illusion, dass unsere soziale Marktwirtschaft derzeit noch finanzierbar ist. Sie wird zum großen Teil mit immer neuen Schulden finanziert. Unser Sozialbudget in Deutschland ist inzwischen bei 735 Milliarden Euro jährlich angelangt. Davon wird nicht, wie ursprünglich einmal von Professor Wilfried Schreiber, Kardinal Höffner und anderen vorgeschlagen, der übergroße Anteil aus einem Versicherungssystem finanziert, sondern inzwischen schiebt sich so langsam ein Keil dazwischen: 60% werden noch beitragsfinanziert, 40% werden inzwischen steuerfinanziert. Das muss uns in Sorge versetzen. Wenn wir zum Beispiel allein in der Rente von etwa 250 Milliarden Euro 80 Milliarden Euro aus Steuermitteln finanzieren, dann ist die Grundidee der Rente nicht mehr vorhanden; nämlich ein Versicherungssystem zu bilden, das einen Generationenvertrag verantwortet. Das ist kein aktuelles Problem, das erst in den letzten Jahren angewachsen ist, sondern hat etwas mit den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zu tun. Aber es ist inzwischen in einer schwierigen Entwicklungsphase angelangt. Von 1991 bis zum Jahr 2002 haben sich alleine die Rentenausgaben um 75% erhöht. Wenn wir nichts tun, dann wird sich das Rentenniveau in den nächsten gut 20 Jahren auf etwa 38% des Durchschnittsentgeltes verringern und selbst wenn wir nur das tun, was wir bisher getan haben und was jetzt getan wird, wird es sich auf etwa 40% einpegeln. Das heißt, es läuft am Ende auf eine Grundrente hinaus, die dann zu einem gewissen Teil beitragsfinanziert ist. Und wir haben bei den Lohnnebenkosten keinen Spielraum mehr, weil das den Faktor Arbeit immer weiter belasten würde. Als wir diese Grundausstattung der sozialen Marktwirtschaft noch nicht hatten, so zu sagen am Ausgangspunkt des Wirtschaftswunders in Deutschland, Anfang der 50iger Jahre, waren die Lohnnebenkosten bei 20%. Inzwischen sind sie bei knapp 42% und wenn man der Fachwissenschaft glauben schenken darf - und ich denke, es stimmt -, werden diese Kosten weiter steigen, und die Lohnnebenkosten werden in gut 20 Jahren in Richtung 47%, 48% angewachsen sein. Dann ist unser Produkt noch weniger wettbewerbsfähig, weil andere Länder andere Systeme haben.

Die Ursachen für diese Finanzkrise in den Systemen, wie im Steuereinnahmebereich und damit bei der Verschuldung, sind vielfältig. Ich denke zuerst an die Dynamik der Globalisierung, die eine schnellere Hand-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

lungsverpflichtung für die Politik bedeuten müsste. Zweitens haben wir diese dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, unabhängig von der saisonalen Veränderung. Es gibt noch 26 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen, das heißt 39% der Menschen leben in von ihrer eigenen Hände Arbeit. Das ist natürlich viel zu wenig, um auch die notwendigen Erträge zu erwirtschaften, sowohl in der sozialen Sicherung als auch in der Steuerentwicklung. Außerdem haben wir seit Jahren kontinuierlich ein zu geringes Wachstum, um neue Arbeitsplätze und auch durchgreifend neue Entwicklungen zu generieren. Wir haben überdies einen demographischen Wandel, der alles, was wir beschreiben, noch dynamisiert. Die Alterung unserer Gesellschaft wird dazu führen, dass die heute noch vorhandene Alterspyramide zu einem Alterspilz wird. Und wie das finanziell zu bewältigen ist, das ist bisher nicht einmal im Ansatz diskutiert, geschweige denn eine Lösung dafür überlegt worden.

Ohne Zuwanderung wird Deutschland in knapp 20 Jahren 70 Millionen Bürger haben und dieser Prozess wird weitergehen. Mit Zuwanderung kann man das alles noch ein wenig verändern, aber da Europa insgesamt ein schrumpfender Kontinent ist - daran möchte ich noch einmal erinnern -, muss man hier realistisch sein. Es hängt von unserer Attraktivität ab, ob wir Zuzüge haben. Deswegen denke ich, auch auf Bundesebene muss in drei wichtigen Feldern mehr getan werden: für Bildung und Ausbildung, für Forschung und für Technologie sowie für Familie, damit sich wieder eine demographisch gesicherte Zukunft entwickelt. Diese wird aber erst in 20, 30 Jahren wachsen, wenn heute die Grundlagen gelegt werden.

Es gilt auch mehr zu tun für die marktwirtschaftlichen Kräfte. Auf drei wichtige Prinzipien haben wir uns in den späten 40iger und frühen 50iger Jahren verständigt: Die Würde des Menschen, die Freiheit und die Gerechtigkeit. Aus diesen Prinzipien haben wir drei Ordnungsprinzipien entwickelt, die wir zur Grundlage auch der Ordnungspolitik gemacht haben und die wir wieder beachten müssen. Erstens: Solidarität heißt Hilfe zur Selbsthilfe und Hilfe in Not heißt nicht maximale Verteilung. Zweitens: Subsidiarität: d.h. die kleine Einheit hat grundsätzlich die Verantwortung - der Betrieb hat die Verantwortung und nicht die großen Gewerkschaften und Verbände, die Kommune hat die Verantwortung, die Familie hat die Verantwortung. Bevor andere die Verantwortung übernehmen, muss sich die Leistungsunfähigkeit dieser Einheiten erst einmal beweisen, sonst wird das Subsidiaritätsprinzip nicht berücksichtigt. Drittens das Gemeinwohlprinzip, das uns auf Zukunft orientiert, das uns verpflichtet, dafür zu sorgen, die Tugenden und die Strukturen unserer Gesellschaft zukunftsfähig zu erhalten. Also nicht mein Wohl heute, sondern Gemeinwohl, auf die Zukunft hin orientiert zu handeln.

Ein Kernpunkt in diesen drei wichtigen Bereichen ist die Revitalisierung der Marktwirtschaft. Ich sage sehr bewusst der Marktwirtschaft. Denn wir haben die Marktwirtschaft aus dem Blick verloren und haben uns allzu sehr der sozialen Marktwirtschaft und dabei dem sozialen Ausgleich hingegeben.

Professor Homann von der Münchener Uni, früher Eichstätt, hat neulich in einem Vortrag in Berlin formuliert: Ethik und Marktwirtschaft sind kein Widerspruch. Wenn Marktwirtschaft und Ethik wirklich einen systematischen Gegensatz bilden, verliert immer die Moral, das heißt das Soziale. Auf diesem Weg sind wir seit Jahren, dass wir Leistungen nicht mehr finanzieren können und uns dann in die Pseudowelt der neuen Schulden retten. Wettbewerb ist solidarischer als teilen, weil Wettbewerb Neues kreiert.

Wenn wir auf die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland schauen, werden wir feststellen, dass am Anfang die Marktwirtschaft stand. Wir haben ja in den nächsten Tagen wieder das Jubiläum des 20. Juni '48. Damals hat Ludwig Erhard zusammen mit der Währungsunion die Bewirtschaftung der Güter abgeschafft, - von heute auf morgen, im Übrigen ohne Zustimmung der Amerikaner, von heftiger Kritik begleitet. Das hat zu Preissteigerungen geführt. Das hat dazu geführt, dass in Deutschland eine problematische Stimmung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

entstanden ist. Im November des Jahres '48 gab den ersten Massenstreik. Der DGB hat damals die Menschen mobilisiert, weil sie Sorge hatten, dass Marktwirtschaft keine wirkliche Entwicklungsperspektive bedeutet. Das Gegenteil wurde wahr: Marktwirtschaft war plötzlich der Motor für Wohlstand. Dann haben wir seit Ende der 50iger Jahre den Sozialstaat zusätzlich entscheidend weiterentwickelt, aber wir haben dabei nicht konsequent die Grundlage der sozialen Marktwirtschaft beachtet. Es heißt oft, wer Marktwirtschaft lebt, ist nicht genügend sozial orientiert. Nein, nur wenn wir eine erfolgreiche Marktwirtschaft gestalten, werden wir wirklich in der Lage sein, dauerhaft Sozialpolitik zu betreiben.

Umgekehrt wird kein Schuh draus. Ludwig Erhard hatte einen einfachen Satz dazu: „Erst auf der Grundlage einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen." An diesem Satz gibt es nichts zu verändern. Wenn also die Wirtschaft nicht gesund ist, wenn sie nicht ausreichend wächst, kann die Gesellschaft auch nicht ihre eigentlichen Ziele in der Bildung, im Sozialen, in der Kultur erfüllen. Deshalb glaube ich, dass wir einen Systemwechsel organisieren müssen, der sich wieder auf die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft bezieht.

Nun steht es mir nicht zu, heute, mitten in der Anfangsphase der großen Koalition, diese große Koalition zu kritisieren. Ich bin mit dabei und helfe, dass wir vorankommen. Aber ich will auch sagen: Wir werden erleben, dass das Zuviel an Staat, was wir immer noch haben, uns im Weg steht. Wir haben immer noch die Vorstellung, den Menschen in all seinen tagtäglichen Entscheidungen bevormunden zu müssen. Ein schönes Beispiel ist das sogenannte Arbeitslosengeld II, Hartz IV. Ich werde natürlich die Veränderungen, die beschlossen sind, mittragen. Aber der Grund ist nicht die innere Überzeugung, dass das System funktioniert, sondern ein Stück weit die Erkenntnis, dass wir offensichtlich erst noch lernen müssen, dass eine immer stärkere Intervention immer mehr Staat produziert und am Ende nicht die Erfolge zeitigt, die wir erwarten.

Ich will Ihnen ein schönes Beispiel geben, um das zu illustrieren. Im Deutschen Bundestag steht im Netz, wie man einen Arbeitslosengeld-II-Hilfe-Empfänger sozusagen motiviert, zu arbeiten. Ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger ist also der Adressat. „Einem kirchensteuerpflichtigen Arbeitnehmer mit Steuerklasse I mit einem Krankenversicherungsbeitrag von 13,8% bleiben von einem Bruttoeinkommen von 1.000 Euro netto 777,73. Das ist also die Orientierungsgröße. Von diesem Betrag wird eine Einkommensbereinigung vorgenommen, also eine Versicherungspauschale für die Fahrt-und Werbungskosten abgezogen, im Beispiel sind dafür 57,33 Euro eingesetzt, so dass ein bereinigtes Nettoeinkommen von 720,40 Euro verbleibt. Nun wird aus diesem bereinigten Nettoeinkommen entsprechend der Stufenregelung für das Bruttoeinkommen der Freibetrag errechnet. Daraus ergibt sich ein durchschnittlicher prozentualer Freibetrag von in diesem Fall 22,5%, dies entspricht 162,09 Euro." Jetzt hört der Text auf, damit bleiben dem Arbeitslosengeld-II-Empfänger von seinen 1.000,00 Euro-Job 162,09 Euro. Wenn Sie die Werbungskosten wieder hinzurechnen, werden es etwa gut 50,00 Euro mehr. Wenn Sie das verstanden haben, dann sind Sie gebildeter als ich. Ich konnte das nicht nachvollziehen und so geht es vielen Menschen. Deshalb verzichten sie auf ein solches System und wir haben die Aufstockerkarrieren. Wir haben die Schwarzarbeitskarrieren etc. Allerdings, das will ich gerne zugeben, sind wir Politiker - und da beziehe ich mich voll mit ein - uns schon bewusst, dass das keiner versteht, denn die Entschuldigung steht, bevor dieser Text beginnt. Wörtlich: „Allerdings ist das Berechnungsverfahren zur Ermittlung des Freibetrags recht kompliziert, da die Freibetragsregelung zwar vom Bruttoeinkommen ausgeht, aber auf Nettoverdienste angewandt wird."

Das Ergebnis ist ganz eindeutig: In den letzten Jahren haben wir eine Vervielfachung der Bedarfsgemeinschaften, wir haben kaum Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, wir haben neue Aufstockerkarrieren und wir bemühen uns jetzt durch mehr Druck, mehr Arbeitsplätze auch wirklich annehmbar zu machen. Ich will den Mi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

tarbeiter einer deutschen Arbeitsgemeinschaft oder einer optierenden Kommune sehen, der als aller erstes in Deutschland eine 30, dann eine 60 und dann eine 100%ige Leistungskürzung entscheidet. Mein Kritikpunkt ist folgender: Wir wollen etwas vom Staat implementieren, das am Ende der Einzelne nicht nachvollzieht, weil er sich gedrückt und nicht ernst genommen fühlt, weil er sich nicht herausgefordert fühlt und weil er am Ende immer den Eindruck hat: Ich soll ein Höchstmaß von dem, was ich dort schon habe, was mir nach meiner individuellen Überzeugung als Existenzminimum zusteht, abgeben. Das bringt kaum Leistungsanreize.

In Folge passiert das, was kommen muss: Die eine Gruppe fordert Mindestlöhne und die andere Gruppe, zu der wir uns und ich mich zähle, versucht Kombilöhne einzuführen. Auch Kombilöhne werden Mitnahmeeffekte auslösen. Das ist doch gar keine Frage. Wer die Entwicklung der Lohnkostenzuschüsse in den letzten 15 Jahren erlebt hat, weiß, das ist ein Zwischeneffekt, der genutzt wird von der Wirtschaft. Wer die Entwicklung der Mini- und Midi- Löhne in den letzten Jahren erlebt hat, weiß, dass es in Folge dieser Entwicklung eine große Veränderung gegeben hat, gerade im Einzelhandel, wo Vollzeitkräfte zu Mini- und Midi-Kräften geworden sind. Da hilft auch nicht, was ein Kollege von mir gesagt hat, die Menschen zu ermahnen, doch nicht jede Lücke und jede Möglichkeit zu nutzen. Wenn die Politik spürt, dass das Regelwerk zu kompliziert ist und dass die Löcher, die dieses Regelwerk zulässt, zu groß sind, muss sie die Regeln ändern. Wir sind nicht als Priester für eine Gemeinde gewählt, sondern wir sind als Politiker gewählt. Die Politik kann nicht Moral predigen, sondern muss darauf achten, dass politisches Weichenstellen zu einem Handeln führt, das moralisch ist. Das ist dann im Übrigen auch kein Missbrauch. Das ist ganz normaler Gebrauch der realen Möglichkeiten in unserer Gesellschaft. Ich bin gespannt, natürlich auch interessiert, ob eine solche Feinsteuerung zum Erfolg führt, oder ob nicht eine radikale Veränderung viel besser ist. Andere Länder Europas und der Welt haben inzwischen eines gemacht - und das soll mein Abschluss sein: Sie haben den Arbeitsmarkt weitestgehend vom Sozialstaat abgekoppelt. Wir haben den Sozialstaat immer noch umfassend an den Arbeitsmarkt angebunden und haben damit sozusagen eine Selbstblockade initiiert. Das heißt, Arbeit, die vorhanden ist im Niedriglohnbereich, egal in welchem Lohnbereich, wird häufig nicht vermittelbar, weil sie wieder zu einem Problem im Sozialgefüge wird. Der Arbeitslosengeld-II-Hilfeempfänger ist ein schönes Beispiel. Er ist nicht motiviert, diese Arbeit aufzunehmen, weil der Ertrag für ihn zu gering ist. Und er wird auch nicht motiviert sein, den 1.100,00 Euro-Job zum Beispiel in Thüringen anzunehmen - soviel verdient dort jemand, der die Thüringer Staatskanzlei bewacht -, um damit ganz auf Arbeitslosengeld II verzichten zu müssen, weil er weiß, dass diese Grundleistungen im Sozialen ihm zustehen und das andere für ihn möglicherweise eine unsichere Perspektive bedeutet.

Nun kann man versuche, das alles durch Kombilöhne aufzubessern und attraktiver zu machen. Ich denke aber, der Staat sollte den anderen Weg gehen und zu einem solidarischen Bürgergeld kommen und damit den Einzelnen in seine Verantwortung entlassen im besten Sinne des Wortes. Es hätte große Vorzüge: Wir würden den Arbeitsmarkt endlich wieder als Markt entwickeln. Wir würden Arbeit, die verfügbar ist, auch Arbeit, die heute nicht finanziell verfügbar ist, weil sie nicht finanziert wird, die Elternarbeit, freiwillige Arbeit wieder im Markt etablieren und würden sie gesellschaftlich wertschätzen. Und wir würden am Ende ein hohes Maß an Entbürokratisierung erreichen. Über 95.000 Menschen sind alleine in der Bundesagentur beschäftigt, dazu noch viele in den optierenden Kommunen und in sogenannten Arbeitsgemeinschaften. Wir würden die Lohnnebenkostenproblematik mit einem sehr, sehr umfassenden Neuansatz grundsätzlich positiv beantworten. Wir würden also nicht mehr Lohnnebenkosten von über 41% haben, sondern Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung und Kranken- und Pflegeversicherung würden deutlich reduziert, also mindestens eine Kürzung um über 20%.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
DIETER ALTHAUS

Juni 2006

www.kas.de/berlin
www.kas.de

Damit hätten wir natürlich eine besondere Dynamik für unseren Arbeitsmarkt.

Ich denke, wir sollten das eine tun, das heißt, die jetzigen Reformschritte im Blick auf Steuerrecht, auf Arbeitsmarktrecht, auf die Weiterentwicklung von Hartz IV unternehmen, aber wir sollten das andere nicht lassen, darüber nachzudenken, ob nicht eine grundsätzliche, systematische Veränderung angezeigt ist: Nach unseren Grundlagen handeln, den Einzelnen in seiner Würde ernst nehmen, aber auch seine Freiheit ernst nehmen und ihn herausfordern, ihn dann aber auch mit den Chancen und den Risiken, die sich daraus ergeben, nicht in eine staatliche Obhutpflicht zu integrieren, sondern in die individuelle Freiheit zu entlassen und damit zu einem Höchstmaß an Gerechtigkeit, das heißt Beteiligungsgerechtigkeit zu führen. Dann kann und wird auch das Maß an solidarischer Leistung, das diese Gesellschaft in der Lage ist zu leisten, zu einer Sozialdividende, die das solidarische Bürgergeld darstellt. Was der Einzelne daraus macht, das ist seine subsidiäre Verantwortung. Das ist nicht unbedingt Verantwortung des Staates, sondern zu aller erst individuelle Verantwortung, was sich aus Bildung und Ausbildung, Beschäftigung usw. daraus entwickelt. Wir könnten auch einen erheblich positiven Effekt für Familien entwickeln. Das soll für mich einer der Punkte sein, die neben den landespolitischen Punkten, die wichtig sind, auch für Rückenwind sorgen. Denn eines ist ganz offensichtlich: Die Politik in Deutschland muss schneller werden. Das, was in anderen Ländern in den letzten Jahrzehnten Stück für Stück gestaltet worden ist beim Umbau der ordnungspolitischen Strukturen, muss in Deutschland endlich geleistet werden. Wir sind als Standort absolut zukunftsfähig, weil wir in der Lage sind, eigenverantwortlich tätig zu sein, Ideen zu Technologien zu entwickeln und damit auch neue Entwicklung zu ermöglichen. Aber wir müssen diesem Standort Deutschland so wie in den letzten Jahrzehnten auch die Chance geben, diese Technologien auch in Produkte und Wertschöpfung umzusetzen. Es reicht nicht, MP3 - für die Älteren: das ist dieses ganz moderne Musikformat, was in der ganzen Welt angewandt wird - in Thüringen und Bayern zu entwickeln, sondern umsetzen müssen wir es in Deutschland. Die Entwicklung alleine bringt nur kurzfristigen Erfolg. Dauerhaft ist erfolgreich, wer aus diesen Technologien auch Wertschöpfungsketten entwickelt und sich damit am internationalen Markt erfolgreich beteiligt. Dafür haben wir beste Voraussetzungen, beste Strukturen, aber die Spielregeln, so wie es der Bundespräsident gesagt hat, müssen angepasst werden. Die neuen Länder haben bewiesen, wenn man sich einlässt auf den Umbauprozess, wenn man auch einmal mutige Schritte geht, nicht versucht, am Alten festzuhalten, weil es bequemer ist und möglicherweise den Erfahrungsraum besser ausgestalten lässt, dann kann man erfolgreich sein. Die neuen Länder sind genau wie Deutschland insgesamt in der Nachkriegszeit ein Beweis dafür, dass mutiges Entscheiden und dann eine konsequente freiheitliche Ordnung, die auf Marktwirtschaft setzt, auch am Ende die Chance bietet, das Soziale, was uns wichtig ist, zu gewährleisten, ohne am Ende unter einem Übermaß an Sozialem, das wir uns gegenseitig versprechen und sichern, die Marktwirtschaft soweit einzuengen oder soweit zu knebeln, dass sie nicht mehr in der Lage ist, die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft zu sichern.

Und deshalb brauchen wir den Mut, die eigene Verantwortung zu nutzen, um in der heutigen Zeit die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen.

Vielen Dank.